

Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses
am Mittwoch, den 23.09.2020
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 18:04 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher/in

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Gerhard Hackner

Herr Helmut Ott

Frau Birgit Pedoth

Herr Michael Schaumann

Herr Joachim von Streit

Gast

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Tagesordnung

=====

- 1** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 435 A "Gügling Nord IV", Gemarkung Bettingen und Flur Hussenhofen-Zimmern
- Entwurfsbeschluss
- 2** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 A IV "Gügling 2. Änderung", Gemarkung Bettingen
- Entwurfsbeschluss
- 3** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 320 A IV "Neugärten, 4. Erweiterung", Gemarkung Herlikofen, Flur Herlikofen
- Entwurfsbeschluss
- 4** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E II "Strutfeld Gewerbe 3. Erweiterung", Gemarkung Bargau
- Satzungs- und Baubeschluss -
- 5** Sachstandsbericht zum Projekt Starkregenrisikomanagement RESI-extrem
- 6** Mozartschule in Schwäbisch Gmünd - Hussenhofen
Erweiterung Anbau Süd, Mensa
Vergabe von 1 Gewerk
Bezug: Gemeinderatsdrucksache 219/2019
- 7** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 8** Bekanntgaben
- 8.1** Bundesförderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus
- 9** Anfragen
- 9.1** Klimarat
- 9.2** Verkehrskonzept Sebaldplatz/Klarenbergstraße
- 9.3** Umsetzung der Fair-Trade-Dienstanweisung
- 9.4** Mehrkosten Remstalgartenschau
- 9.5** Automatische Bewässerung im Stadtgarten

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 435 A "Gügling Nord IV",
Gemarkung Bettringen und Flur Hussenhofen-Zimmern
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 176/2020**

Protokoll:

Herr Hackner stellt den Entwurf vor (siehe Anlage).

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen (in der Funktion als Ortsvorsteher) äußert, dass der Ortschaftsrat Bettringen einstimmig zugestimmt habe. Dem Ortschaftsrat sei die Verbindung zur Zimmerner Straße wichtig gewesen. Er bedankt sich bei Herrn Hackner.

Ortsvorsteher Heissenberger erläutert, dass der Ortschaftsrat Hussenhofen ebenfalls einstimmig zugestimmt habe, vor allem angesichts der Bedeutung der Flächen für Schwäbisch Gmünd im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherung. Die Höhe des Hochregallagers sei kritisch, daher erkundigt er sich, ob Vorgaben hinsichtlich der Fassadengestaltung gemacht werden können, insbesondere Richtung Norden und Osten.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man im Gespräch sei. Ein gutes Erscheinungsbild sei wichtig.

Stadtrat Zimmermann/CDU führt aus, dass „Gügling Nord IV“ ein Glücksfall für die Stadt und für die Region sei. Der Bebauungsplan sehe hervorragend aus. Er bedankt sich für die geleistete Arbeit. Der Bebauungsplan sei absolut notwendig. Dadurch gewährleiste man Standortsicherheit. Die Vorlage sei umfangreich, es sei ein sehr guter Entwurf. Auf den Lärm müsse man ein Augenmerk haben, er schlägt daher zusätzlich zur Begrünung einen Wall in Richtung Norden vor. Ein Regenrückhaltebecken müsse ebenfalls berücksichtigt werden. Es müsse geklärt werden, wo der vermehrte Verkehr künftig fahren bzw. nicht fahren dürfe.

Stadtrat Zengerle/SPD freut sich, dass der Entwurf so schnell gekommen sei. Unklar sei der südliche Geh- und Radweg. Er erkundigt sich, ob dieser bis zur Ortsverbindungsstraße geführt werde, da er im Bebauungsplan und im Straßenplan nicht berücksichtigt sei.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt, dass dieser fortgeführt werden müsse.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass die Fraktion ebenfalls das Entwicklungspotenzial begrüße. Die Begrünung der Dächer und der Vogelnistschutz müsse konsequent durchgeführt werden. Die Verkehrssituation müsse geklärt werden. Er

hoffe, dass die Baumaßnahmen schnell durchgeführt werden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Verkehr über die Buchauffahrt und die Ortsumfahrung Bargau geleitet werden müsse.

Herr Hackner ergänzt, dass ein Rückhaltebecken vorgesehen sei für das Oberflächenwasser.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bringt zum Ausdruck, dass 11 Hektar neu versiegelt werden sollen, d.h. der Flächenverbrauch der Stadt gehe ungezügelt weiter. Der Flächenverbrauch sei ausschließlich mit der Stärkung des Wirtschaftsstandortes begründet. Man wisse jedoch, dass die Rechnung nicht aufgehe. Es führe zu immer mehr Autos bei einer sowieso schon überlasteten Infrastruktur, mehr Lärm und weniger Lebensqualität. Es helfe nicht, dass man die Lise-Meitner-Straße verlängere. Dieser Weg sei eine Sackgasse, der letztlich auch die Wirtschaft schädige und Arbeitsplätze koste. Wenn man ein Gesamtkonzept hätte, wenn man anderswo sparen könne, könne man sich so etwas auch leisten. Dieses fehle jedoch, stattdessen werde immer weiter Fläche verbraucht. Außerdem habe das Landratsamt massive Bedenken gegen den Bebauungsplan formuliert. Er trägt einige Bedenken des Landratsamtes vor: Eine ordnungsgemäße Entwässerung sei bereits gegenwärtig nicht gegeben, bewirtschaftetes Ackerland werde überplant, übermäßige Flächeninanspruchnahme, die Bebauung werde zu erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft führen. Die Riegelwirkung des Gewerbegebiets Gügling werde erheblich verstärkt. Das Vorhaben werde daher als äußerst kritisch bewertet. Die Stadt nehme dies lediglich zur Kenntnis. Er teile die Auffassungen des Landratsamtes und stehe dem Vorhaben kritisch gegenüber. Er erkundigt sich, ob es verbindliche Zusagen der drei Firmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gebe. Die in der Vorlage aufgeführten ökologischen Ausgleichspunkte seien nicht ausreichend. Die Stadt entnehme immer wieder Maßnahmen einem Öko-Konto. Er erkundigt sich, warum die Stadt immer noch kein Gesamtkonto vorgelegt habe und das Landratsamt ignoriere.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man keine schriftliche Vereinbarung getroffen habe, es habe jedoch Gespräche mit den Firmen gegeben.

Herr Hackner ergänzt, dass man ökologische Ausgleichsmaßnahmen durchführen müsse und an diesen bereits dran sei. Man sei dabei, Flächen zu erwerben, um die Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Man habe eine Gesamtbilanz des Öko-Kontos. Man kaufe ständig Flächen auf, die dann bewertet werden.

Oberbürgermeister Arnold regt an, die Bilanzierung separat zu behandeln.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Vorlage. Ihr sei die Straßenanbindung wichtig. Sie schlägt vor, die Pläne von Weleda im Ortschaftsrat vorzustellen, sobald ein Gestaltungsvorschlag vorliege.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt, dass man dies machen werde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW regt Stadtrat Dr. Benk an, seine Vorstellungen einer Privatwirtschaft darzulegen. Wenn man die Flächen nicht zur Verfügung stelle, würden sich die Firmen umsiedeln. Daher dürfe es über solche Vorlagen keine Diskussion

geben. Es gehe um die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde. Der Ortschaftsrat habe einstimmig zugestimmt, man stimme daher auch zu.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bringt zum Ausdruck, dass man gerade weil es eine zukunftsfähige Planung sein solle, man ökologische Kriterien viel stärker in den Mittelpunkt rücken müsse. Wenn dies der Gemeinderat nicht mache, mache es niemand. Grundsätzlich sei es eine riesige Fläche, man habe darüber bereits diskutiert. Da es zwei lokale Firmen seien und eine Firma ökologische Baukonzepte darstellen könne, seien es Kriterien, die hier in der Abwägung für eine Bebauung sprechen, auch wenn gravierende Dinge dagegensprechen würden. Man sei bereits auf dem Weg, zu einer ökologischen Gesamtkonzeption zu kommen. Hier müsse man einmal weiterkommen. Das Öko-Konto habe man bereits vor 1,5 Jahren gefordert. Man wünsche sich einen Überblick. Positiv sei, dass man Gründächer und PV-Anlagen berücksichtigt habe, hier sei man weitergekommen. Man müsse die Vorschriften der Dachbegrünung und der Fassadenbegrünung auch durchführen, es dürfe keine Ausnahmen geben.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass ein 100%-Ausgleich eine Zielvorgabe sei.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob die Nutzung von Photovoltaik- und Solaranlagen verbindlich vorgeschrieben sei, da er dies im Bebauungsplan nicht gesehen habe.

Herr Hackner antwortet, dass es eine Möglichkeit sei, jedoch keine Verpflichtung.

Stadtrat Schwab/SPD regt an, den Bebauungsplan so zu ändern, dass man eine Photovoltaik- und Solarpflicht vorschreibe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies gerne mit den Betroffenen besprechen wolle. Die Frage hänge auch damit zusammen, ob es an der Stelle sinnvoll sei. Es müsse sich auch kostenmäßig lohnen. Herr Hackner werde dies prüfen.

Stadtrat Preiß/CDU greift die Anmerkungen der Stadträte Dr. Benk und Miller auf. Es seien Grundsatzdiskussionen. Er fühle sich verpflichtet, den Bürgern Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Klar verbrauche man Landschaft. Man müsse abwägen, ob die Menschen Arbeit hätten und Fläche verbraucht werde oder dass die Firmen abwandern. Wenn man wolle, dass diese hierbleiben, müsse man diese halten. Die Verhandlungen seien hierzu nicht leicht. Man solle auch anerkennen, was die Stadt bisher gemacht habe. Die Stadt habe inzwischen dazugelernt. Man habe eine tolle Geschichte geschaffen, es sei ein Traum, ein solches Industriegebiet zu erleben. Der Gügling sei ein Vorzeigeprojekt. Es sei müßig, jedes Mal über die Erweiterung der Flächen zu diskutieren. Man müsse die ortsansässigen Firmen halten, es seien keine Neuansiedlungen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass er Stadtrat Dr. Benk nicht so verstanden habe, dass dieser gegen die Erweiterung der Weleda sei, sondern dass er sich lediglich mehr ökologische Konzeptionen wünsche.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE entgegnet, dass er lediglich die Bedenken des Landratsamtes vorgebracht habe, wenn ihm diese nicht passen, müsse sich Stadtrat Preiß an

das Landratsamt wenden. Man habe nicht zwischen sozialem und ökologischem zu entscheiden, beides sei untrennbar miteinander verbunden. Es sei nur mit ökonomischen Aspekten in der Vorlage argumentiert worden. Er findet es schade, dass die Worte und Bedenken des Landratsamtes immer wieder verhallen würden. Der Weg sei schwer, eine Lösung zu finden. Vor zehn bis 20 Jahren habe man immer bebaut und nicht mehr diskutiert, allerdings sei diese Form des Wirtschaftens an Grenzen gestoßen. Dies habe Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen, auf Menschen in anderen Regionen. Man müsse die Folgen seines Tuns bedenken und Verantwortung dafür übernehmen. Daher müsse man gegenwärtig neue Formen suchen zur Gestaltung von Bebauungsplänen. Andere Städte seien hier bereits weiter. Man solle Tübingen anschauen, hier gebe es engere Vorgaben für Gewerbegebiete. Ein erster Schritt sei ein Gesamtkonzept. Dies sei bereits vor einem Jahr zugesichert worden. Er sehe keine Bereitschaft, das Handeln zu ändern.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass das Leben konkret sei. Er wolle daher von Stadtrat Dr. Benk wissen, ob dieser dafür oder dagegen sei, dass Weleda das Projekt auf dem Gügling verwirkliche.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE antwortet, dass diese Frage nicht einfach mit ja oder nein zu beantworten sei. Man könne sich Weleda leisten, wenn man ein Gesamtkonzept hätte. Er wolle außerdem eine Antwort, warum Bosch eine Fläche brauche und anderweitig Arbeitsplätze abbaue.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass er sich am Schluss positionieren müsse, da der Gemeinderat darüber abstimme.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW b betont, dass es um die Zukunftsfähigkeit der Stadt gehe. Ein Bebauungsplan sei immer eine Abwägungsfrage. Er fordert Stadtrat Dr. Benk auf, die Vorstellung seines Gesamtkonzepts zu nennen.

Oberbürgermeister Arnold schließt die Diskussion.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 A IV "Gügling 2. Änderung", Gemarkung Bettringen
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 160/2020

Protokoll:

Herr Hackner stellt den Bebauungsplan vor (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

**zu 3 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 320 A IV "Neugärten, 4. Erweiterung", Gemarkung Herlikofen, Flur Herlikofen
- Entwurfsbeschluss
Vorlage: 137/2020**

Protokoll:

Herr Hackner stellt die wesentlichen Änderungen vor (siehe Anlage).

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass sich das Landratsamt die Begründung des Bedarfs gewünscht habe. Dieser werde nun sehr vage mit der Anfrage von fünf Gewerbetreibenden begründet.

Herr Hackner antwortet, dass man im nördlichen Bereich der Stadt eine Unterversorgung an Gewerbeflächen habe. Man habe mehr Anfragen als man decken könne. Der Ortschaftsrat habe einstimmig zugestimmt.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen fragt an, ob man die umzäunte Lagerfläche, die nördlich des Geh- und Radwegs sei, nicht auch als Grünbereich vorsehen könne.

Herr Hackner wird dies eigentumsrechtlich prüfen

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E II "Strutfeld Gewerbe 3. Erweiterung", Gemarkung Bargau
- Satzungs- und Baubeschluss -
Vorlage: 155/2020**

Protokoll:

Herr Hackner stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 5 Sachstandsbericht zum Projekt Starkregenrisikomanagement RESI-extrem

Protokoll:

Herr von Streit stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich nach der zeitlichen Schiene.

Herr von Streit antwortet, dass man ein Handlungskonzept mache. Im November sei das Projekt beendet.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man die Ergebnisse im Gremium vorstellen werde.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich nach einem Zusammenhang zwischen der Bewältigung von Starkregenereignissen und zunehmender Versiegelung.

Herr von Streit bestätigt dies. Jedoch müsse man beide Themen zusammen denken. Dies bedeute, dass man sich die Wasserläufe anschauen und planen müsse, welche Maßnahmen man durchführe.

Bürgermeister Mihm ergänzt, dass es beim Hochwasser im Jahr 2016 egal gewesen wäre, ob die Flächen versiegelt oder offenporig gewesen seien.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob die Zunahme an versiegelten Flächen in Stadtnähe auch bewertet werde.

Bürgermeister Mihm wiederholt nochmals seine Ausführungen zu den Starkregenereignissen.

Herr von Streit schließt sich den Ausführungen von Bürgermeister Mihm an. Man habe weniger die zukünftige Entwicklung betrachtet, Grundlage sei eine Luftaufnahme von vor einigen Jahren gewesen. Ein Starkregenereignis sei ein Extremfall.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass es auch Situationen dazwischen gebe. Er habe den Begriff „Schwammstadt“ gelesen. Man mache offene Gräben mit saugfähigem Untergrund statt Kanälen im Untergrund.

Herr von Streit erläutert, dass die Gefahrenkarte immer davon ausgehe, dass die Kanalisation überfordert sei, diese werde daher nicht mit hineingerechnet. Bei seltenen Ereignissen (10 bis 30 Jahre) helfe eine Begrünung und Offenlegung älterer Flussläufe. Man müsse zwischen dem Extremfall und dem Normalfall unterscheiden. Der Normalfall sei aber über die Kanalisation abzuleiten, da diese funktioniere.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 6 Mozartschule in Schwäbisch Gmünd - Hussenhofen
Erweiterung Anbau Süd, Mensa
Vergabe von 1 Gewerk
Bezug: Gemeinderatsdrucksache 219/2019
Vorlage: 076/2020

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass man den Vergaben zustimmen werde. Jedoch blieben offene Fragen, unter anderem wann die weiteren Maßnahmen durchgeführt werden und wann der Schimmel in der Grundschule beseitigt werde. Außerdem seien es zu wenig Toiletten und ein zu kleines Lehrerzimmer.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man die Schule im Betrieb sanieren wolle, daher habe man einzelne Bauabschnitte gebildet.

Stadtrat Kaiser/CDU freut sich, dass die Gewerke nacheinander saniert werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Entfällt.

zu 8 Bekanntgaben

**zu 8.1 Bundesförderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus
Vorlage: 180/2020**

Protokoll:

Herr Groll stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.4

zu 9 Anfragen

zu 9.1 Klimarat

Protokoll:

Stadtrat Hägele/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, welchen Erkenntnisgewinn die Stadt aus dem am Vortag stattfindenden Klimarat erhalten habe. Er habe die Veranstaltung frühzeitig und sehr unbefriedigt verlassen. Es seien keine konkreten Maßnahmvorschläge genannt worden. Das Thema habe geheißen, wie man sich in der Zukunft bewege. Es sei jedoch viel auf die Vergangenheit bezogen gewesen, auch auf Schwäbisch Gmünd bezogen sei nichts genannt worden. Außerdem erkundigt er sich nach den Kosten für die Veranstaltung.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass er die Veranstaltung überraschend gefunden habe. In der Perspektive seien neue Aspekte gesetzt worden. Der Vortrag sei relativ hart positioniert gewesen. Es seien ein paar Dinge klargestellt worden, beispielsweise sei der Frage nachgegangen worden, was man überhaupt noch planerisch vorausbestimmen könne. Dazu gehöre auch die Mobilität. Diese sei ein essentieller Teil der Stadtplanung. Für ihn sei es sehr hilfreich gewesen, man müsse die konkreten Maßnahmen selbst ausdiskutieren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2/60
nachrichtlich an Amt:

zu 9.2 Verkehrskonzept Sebaldplatz/Klarenbergstraße

Protokoll:

Stadtrat Hägele/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Einwohner in der Südstadt überrascht worden seien von der neuen Regelung am Sebaldplatz und der Klarenbergstraße. Dort sei seither eine verkehrsberuhigte Zone gewesen, nun sei dort Zone 30. Dies passe nicht in die heutige Zeit.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man dies prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 9.3 Umsetzung der Fair-Trade-Dienstanweisung

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE merkt an, dass die Fair-Trade-Dienstanweisung bei den Gremiensitzungen, die im CCS durchgeführt werden, keine Anwendung finde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Sitzungen Corona-bedingt dort abgehalten werden und die Stadtverwaltung auf das gastronomische Angebot des Pächters angewiesen sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10
nachrichtlich an Amt:

zu 9.4 Mehrkosten Remstalgartenschau

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Abrechnung der Remstalgartenschau.

Herr Schaumann antwortet, dass man im Oktober 2019 die notwendigen Unterlagen angefordert habe, diese seien bisher nicht vollständig eingegangen. Ohne die noch fehlenden Unterlagen sei der Prüfungsauftrag, d.h. von Anfang an zu prüfen, nicht möglich.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass er sich nun selbst dem Thema angenommen

habe, es werde daher demnächst ein gemeinsames Treffen der Verantwortlichen geben. Er betont, dass nicht alles an der Stadt selbst, sondern auch an Externen liege.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1, 2, 14
nachrichtlich an Amt:

zu 9.5 Automatische Bewässerung im Stadtgarten

Protokoll:

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob man eine automatische Bewässerung im Stadtgarten prüfen könne, da die Pflege der Pflanzen sehr personalintensiv sei.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man bei Neuanlagen automatische Bewässerungsanlagen prüfe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: